

# Anforderungen an eine neue Bundesregierung

## Resolution des NGG-Hauptvorstands



Oberjosbach 25./26. März 2025

Das Programm einer neuen Regierung muss sich daran messen lassen, ob es die konkreten Alltagsprobleme der Menschen verbessert. Zu wenig Kinderbetreuungsplätze, zu weit entfernte Gesundheitsversorgung, eine unzureichende Ausstattung der Schulen, Löhne, die zur Teilhabe am sozialen Leben nicht ausreichen oder der Verlust von gut bezahlten Industriearbeitsplätzen: Es sind die vielfältigen Herausforderungen im Alltag und Sorgen mit Blick auf die Zukunft, weshalb Menschen die Leistungsfähigkeit des Staates in Frage stellen und was den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. Es ist längst mehr als eine zeitweilige Stimmungslage - der andauernde Zuspruch bei Wahlen für rechtsextreme Parteien zeigt: Es ist höchste Zeit, das Land gerechter und zukunftsfähiger zu machen.

Das Festhalten an der Schuldenbremse war seit langem von NGG und den Gewerkschaften kritisiert worden. Auf den jahrzehntelangen Investitionsstau treffen nun konjunkturelle und strukturelle Schwächen der Wirtschaft sowie die Herausforderung, den Umbau hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu gestalten. Schon im Jahr 2024 bezifferten Wirtschaftsforschungsinstitute den Umfang der Investitionen in die öffentliche Infrastruktur in Höhe von 600 Milliarden Euro für die nächsten 10 Jahre.

### **Investitionen für eine moderne und soziale Zukunft: Finanzierung und politische Gestaltung**

Das „Sondervermögen Infrastruktur“ in Höhe von 500 Milliarden Euro für die nächsten 12 Jahre ist daher ein immens wichtiger Schritt, um **überfällige Infrastrukturmaßnahmen nachzuholen** und Klimaneutralität voranzutreiben. Aber im Weiteren muss die **Schuldenbremse viel grundlegender reformiert werden**. NGG fordert daher den Bundestag auf, den angekündigten weiteren Reformprozess dafür zu nutzen, Investitionen wieder grundsätzlich vom Kreditfinanzierungsverbot auszunehmen.

Zu begrüßen ist es, dass die **Länder und Kommunen mehr finanziellen Spielraum** bekommen. Denn kreditfinanzierte Zukunftsinvestitionen sichern den Wohlstand von morgen und deshalb ist es richtig, nachfolgende Generationen an der Finanzierung des öffentlichen Kapitals, das sie selbst später nutzen werden, zu beteiligen. Das ist allemal gerechter, als ihnen die Folgen einer maroden und veralteten Infrastruktur zu überlassen. Schließlich erwarten die Menschen zu Recht, dass in ihrem Alltag eine Modernisierung der Daseinsvorsorge ankommt. Dass Kitas, Schulen, Kranken- und Pflegeversorgung erreichbar, sowie auch das Gemeinwesen im ländlichen Raum nicht vergessen wird.

„*Whatever it takes*“ muss erst recht für die **Zukunft der Demokratie** und somit für soziale Gerechtigkeit gelten. Denn auch Sondervermögen sind irgendwann verplant oder aufgebraucht. Deshalb ist zu gewährleisten, dass Sicherheit und Verteidigung dauerhaft nicht gegen soziale Daseinsvorsorge oder Rente ausgespielt werden können. Schon jetzt sind kontroverse Debatten über sogenannte Verschuldungsraten des Staates und Zinsverpflichtungen in vollem Gange. Dem ist mutig und entschlossen entgegenzutreten – mit der notwendigen Einnahmenpolitik des Staates, also mit einem **gerechten Steuersystem**, wie es der DGB mit seinem Steuerkonzept vorgelegt hat.

Das Sondierungspapier erwähnt zwar eine Einkommenssteuerreform, ohne aber klarzustellen, dass **„starke Schultern“ mehr tragen müssen**: Mit der Einführung einer Vermögenssteuer und der Abschaffung der Erbschaftssteuer ausnahmen für Unternehmens-Erben zum Beispiel. Stattdessen sind sowohl Einsparankündigungen wie zugleich Geschenke wie die Wiedereinführung der Subventionen für Agrardiesel oder die **Reduzierung der Mehrwertsteuer für das Gastgewerbe** zu finden. **Diese lehnen wir ab**, denn schon in der Vergangenheit wirkte sich der reduzierte Mehrwertsteuersatz nicht positiv

auf die Löhne oder Arbeitsbedingungen in der Branche aus. Zudem geht es an dem Charakter der ermäßigten Steuer für lebensnotwendige Bedarfe vorbei. Die reguläre Mehrwertsteuer für Dienstleistungen – und darum geht es im Gastgewerbe – wiederum ist wichtig zur Finanzierung staatlicher Leistungen und auch die Betriebe des Gastgewerbes sind wie ihre Beschäftigten auf einen leistungsfähigen Staat angewiesen.

### **Gute Arbeit als Quelle der Wertschöpfung**

Gute Arbeit, eine starke Wirtschaft, eine gerechte Verteilungspolitik und soziale Sicherheit hängen untrennbar zusammen und können sich gegenseitig verstärken. Die drängenden Zukunftsfragen sind nur in diesem Wechselspiel zu lösen. **Eine neue Bundesregierung muss daher Gute Arbeit, mehr Mitbestimmung und mehr Qualifizierung für alle Arbeitnehmer\*innen als integralen Bestandteil einer wirtschaftlichen Wachstumsdynamik begreifen.** Mit doppeltem Ziel: Erstens erhöht Gute Arbeit die Einnahmen des Staates und der Sozialversicherungen und stärkt die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft. Zweitens festigt sie das Vertrauen der Menschen in den Sozial- und Rechtsstaat, der seinen Bürger\*innen Gerechtigkeit und Gleichheit auch in ihrer Rolle als Arbeitnehmer\*innen garantiert.

Zu niedrige **Beitragseinnahmen in der Sozialversicherung** schränken den Handlungsspielraum des Staates genauso ein, wie zu wenig Steuereinnahmen. Insofern sind prekäre oder tariflose Arbeitsverhältnisse nicht nur ein Problem für betroffene Arbeitnehmer\*innen, sondern die gesamte Gesellschaft. Deshalb muss die Tarifbindung gestärkt werden. Zwar soll laut Sondierungspapier das lang geforderte Bundestariftreugesetz eingeführt werden. Notwendig aber ist es, dieses einzubetten in einen nationalen Aktionsplan zur Förderung der Tarifbindung, wie ihn die Europäische Mindestlohnrichtlinie vorschreibt. Die Ausnahmeregelungen im Mindestlohngesetz sind abzuschaffen, **jegliche Ausweitung der Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn – z.B. bei Saisonbeschäftigten – lehnen wir entschieden ab.**

Dies gilt ebenso für die Pläne, die **tägliche durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit zu ersetzen.** Eine derartige Verschlechterung des Arbeitszeitgesetzes stärkt nicht die Wettbewerbsfähigkeit, sondern ist kontraproduktiv. Die Arbeitsmedizinische Forschung hat nachgewiesen, dass lange tägliche Arbeitszeiten die Gesundheit beeinträchtigen und das Unfallrisiko steigt. Daher sind auch die weiteren Pläne im Sondierungspapier wie **steuerfreie Zuschläge für Mehrarbeit, die über die tarifliche (oder sogar über die an Tarifverträgen orientierte) Vollzeitarbeit hinausgehen, beschäftigungspolitisch wie auch gleichstellungspolitisch nicht sinnvoll.** Dies gilt auch für den steuerlichen Anreiz zur Ausweitung der Arbeitszeit. Viel notwendiger für eine geschlechtergerechte Gestaltung der Arbeit ist die Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie und gesetzliche Anreize zu schaffen, um eine gerechtere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit voranzutreiben.

**Arbeit darf nicht vornehmlich als Kostenfaktor betrachtet und Arbeitsschutz nicht als Bürokratie diskreditiert werden.** Aber von Bürokratieabbau für Unternehmen wird schon wieder im alten neoliberalen Jargon debattiert. Gemeint sind dann vornehmlich soziale Regelungen wie das Arbeitszeitnachweisgesetz, die elektronische Krankschreibung, das Hinweisgeberschutzgesetz, das Lieferkettengesetz und sogar die Gewerbeordnung. Aber Druck auf Beschäftigte auszuüben wird nicht zum wirtschaftlichen Erfolg führen.

### **Entlastung bei Energiepreisen und Förderung der Wirtschaft**

Dekarbonisierung, Klimaneutralität und zugleich **wettbewerbsfähige Energiepreise** bleiben zentrale Themen. Zu begrüßen ist es daher, dass von der Reduzierung der Stromsteuer Unternehmen und private Verbraucher\*innen profitieren. Auch die Ausweitung der Strompreiskompensation auf weitere energieintensive Branchen aus dem Sondierungspapier ist sinnvoll.

Nötig bleibt auch eine **gezielte Wirtschaftsförderung, um Arbeitsplätze zu sichern**. Einhergehen muss damit eine aktive Industriepolitik, die den Unternehmen Anreize setzt, um die Umstellung auf klimaneutrale Produktionsprozesse in der Wirtschaft zu fördern. Dies gilt insbesondere in Branchen mit klein- und mittelständischen Betrieben wie der Ernährungswirtschaft.

Aus unserer Sicht sind **Wirtschaftshilfen für Unternehmen unbedingt an Tarifbindung und Mitbestimmung zu koppeln**. Es ist nicht zu erklären, warum Wirtschaftshilfen oder staatliche Förderprogramme an Unternehmen fließen, die sich zwar so die Optimierung ihres Geschäftsmodells finanzieren lassen, aber bei Guter Arbeit hinterherhinken. Sinnvoll ist es, mit Steuergeld solche Arbeit zu fördern, die dem allgemeinen Wohlstand zugutekommt.

### **Sozialstaat braucht starke Sozialversicherungen**

Den gesetzlichen Sozialversicherungen kommt eine unverzichtbare Funktion zu: Sie sichern die großen Lebensrisiken in einer modernen arbeitsteiligen Erwerbsgesellschaft wie Alter, Pflegedürftigkeit, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfall und Erwerbsminderung ab.

Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf eine **auskömmliche Rente im Alter** zu legen. Daher ist das Bekenntnis zur Sicherung des Rentenniveaus, der Beibehaltung der Regelaltersgrenze und dem abschlagsfreien Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren auf den ersten Blick erleichternd, wirft aber auf den zweiten Blick Fragen auf: Auf welchem Niveau soll die Rente tatsächlich dauerhaft gesichert werden – eine Zahl ist bislang nicht genannt. Für ein Ende der Altersarmut ist es elementar, das Rentenniveau auf 48% zu stabilisieren und langfristig wieder auf über 50% zu erhöhen. Bei einer Reform der privaten Altersvorsorge dürfen nicht wieder ineffiziente Produkte der Finanzindustrie mit Steuermitteln gefördert werden.

Das Kernelement eines funktionierenden Sozialstaats bleibt eine **gerechte und paritätische Finanzierung der Sozialversicherungen aus Beiträgen und Steuermitteln**, um Menschen im Alter ein Leben in Würde zu ermöglichen und alle Generationen gegen die Lebensrisiken abzusichern.

### **Zusammenhalt und Weltoffenheit stärken**

Es muss der Politik in den kommenden Jahren gelingen, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. Denn vom derzeitigen Unmut profitierte eine Partei, die selbst keine – und schon gar keine sozial gerechten – Antworten liefert und stattdessen Migrant\*innen und sozial benachteiligte Menschen zu Sündenböcken macht und Hass und Hetze verbreitet. Die Frage einer guten und fairen Migrationspolitik, die ein Ausspielen der Menschen gegeneinander verhindert, wird daher von zentraler Bedeutung bleiben. Die Rechtsstaatlichkeit im Asylverfahren sowie die Wahrung der Grund- und Menschenrechte sind für NGG nicht verhandelbar.

Parteien greifen nicht nur Stimmungen auf, sondern sie schaffen sie auch. Unser Appell an eine neue Bundesregierung und alle demokratischen Parteien: **Wir fordern sie auf, dazu beizutragen, die Unzufriedenheit und das Misstrauen in Institutionen abzubauen**. Statt des Spiels mit Ressentiments braucht unsere Gesellschaft Vertrauen in die Vielfalt und Weltoffenheit.

**Unsere Gesellschaft lebt von dem Engagement der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit einsetzen**. Sie alle gehören gestärkt und gefördert und bestimmt nicht in Frage gestellt. In einer lebendigen Demokratie findet die Willensbildung nicht nur in Parteien statt, sondern wird von einer lebendigen Zivilgesellschaft getragen. Genau das macht Demokratien aus und ist wesentlicher Bestandteil der Freiheit, die wir gegen die Autokraten dieser Welt bewahren und sichern wollen.